

1 Beschluss der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag vom 10.04.2019

2 **Die freiheitliche Demokratie in Thüringen verteidigen**

3 Die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtags neigt sich ihrem Ende entgegen. 30 Jahre nach
4 dem Fall der Mauer und dem Sturz der SED-Diktatur kämpft die LINKE als dominierende,
5 sozialistische Partei der rot-rot-grünen Thüringer Regierungskoalition darum, auch in der
6 nächsten Wahlperiode eine Politik fortzusetzen, die sie als Schritte „hin zu einer neuen Ge-
7 sellschaftsordnung“ (Susanne Hennig-Wellsow) versteht. Knapp viereinhalb Jahre parlamen-
8 tarischer Erfahrung mit der Thüringer Linkskoalition und der von ihr getragenen Landesregie-
9 rung zeigen, dass diese Zielstellung mehr als revolutionäre Folklore ist und sich weit von dem
10 entfernt, was für die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eine freiheitliche Demokratie und
11 freie Gesellschaft ausmacht.

12 Eine gute Ordnung und gute Politik zeichnet sich dadurch aus, dass der Staat einen verlässli-
13 chen Rahmen schafft und gewährleistet, in dem Bürger, Familien und Gesellschaft, die Wirt-
14 schaft, aber auch die Kommunen sich frei und nach eigenen Vorstellungen und im Rahmen
15 der Gesetze entfalten können. Schranken ergeben sich aus den Rechten anderer, dem poli-
16 tisch immer wieder neu zu bestimmenden Gemeinwohl und dem selbstverständlichen An-
17 spruch aller Bürger auf eine ausreichende Sicherung in den Wechselfällen des Lebens. Unter
18 diesen Bedingungen gedeiht ein leistungsfähiges und differenziertes Gemeinwesen, in dem
19 Freiheit, Sicherheit und Eigenständigkeit herrschen.

20 Dem widerspricht rot-rot-grüne, insbesondere sozialistische Politik auf vielfache Weise. Sie
21 gängelt soziales oder wirtschaftliches Verhalten mit möglichst engmaschigen Regeln und tut
22 sich mit der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft schwer. Sie stellt nicht die Bürger
23 des Landes ins Zentrum ihrer Politik, sondern Gruppen, und ebnet rechtliche Differenzierun-
24 gen zwischen Staatsangehörigen und Ausländern ein. Nicht zuletzt stellt sie bewährte demo-
25 kratische Institutionen und Verfahren in Frage, um ihren politischen Handlungsspielraum
26 auszuweiten.

- 27 1. Rot-Rot-Grün versprach zu Beginn der Wahlperiode eine ehrliche Aufarbeitung der
28 SED-Diktatur und eine klare Distanzierung von ihr. Gleichwohl weigert sich Minister-
29 präsident Bodo Ramelow bis heute, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen und at-
30 testiert ihr lediglich einen „Mangel an Recht“. Obgleich diese kommunistische Erzie-
31 hungsdiktatur weder Gewaltenteilung, demokratische Wahlen, Meinungsfreiheit o-
32 der den Schutz ihrer Bürger vor staatlicher Willkür und Verfolgung kannte.
- 33 2. Die Landesregierung unterläuft seit Herbst 2015 im Bundesrat und im Land systema-
34 tisch alle Versuche, illegale Migration nach Deutschland wirksam einzudämmen und
35 den Flüchtlingsschutz auf die tatsächlich Schutzberechtigten zu begrenzen. Jeden, der
36 einmal Aufnahme in Thüringen gefunden hat, betrachtet der Ministerpräsident als
37 Neubürger, jede „Abschiebung als Niederlage“.
- 38 3. Rot-Rot-Grün hat das Thüringer Erziehungsgeld abgeschafft und einen einseitigen
39 Systemwechsel zugunsten der öffentlichen Betreuung von Kleinkindern vollzogen.
40 Die finanziell unterstützte Entscheidungsfreiheit der Eltern, Kleinkinder ganz oder
41 teilweise zu Hause zu betreuen, hat damit ein Ende gefunden.

- 42 4. Statt das begabungsgerechte und differenzierte Thüringer Schulsystem weiter auszu-
43 bauen, nutzt Rot-Rot-Grün jede sich bietende Gelegenheit, um Weichen in Richtung
44 Einheitsschule zu stellen. Das reicht von der Privilegierung der Gemeinschaftsschulen,
45 über die vollständige Inklusion und die Entleerung der Förderschulen bis zu Überle-
46 gungen, die schulartbezogene Lehrerausbildung abzuschaffen.
- 47 5. Rot-Rot-Grün lässt das ernsthafte Bemühen vermissen, bei Gesetzen wie dem Bil-
48 dungsfreistellungsgesetz, der Einführung eines neuen Feiertags oder dem Vergabege-
49 setz die berechtigten Interessen des gewerblichen Mittelstands zu berücksichtigen.
50 Die Folgen zeigen sich bereits in einem seit 2015 unterdurchschnittlichen Wachstum,
51 der kontinuierlich zurückgehenden Zahl der Gewerbeanmeldungen oder dem Un-
52 vermögen, öffentliche Aufträge zu platzieren.
- 53 6. An den Hochschulen hat Rot-Rot-Grün mit dem Ziel stets wohlklingender aber sach-
54 fremder „Demokratisierung“ die Selbstverwaltungsstrukturen zu Lasten von For-
55 schung und Lehre und leistungsfähiger Entscheidungsstrukturen verändert und die
56 staatliche Aufsicht verstärkt.
- 57 7. Wiederholt musste sich der Thüringer Beamtenbund dagegen verwahren, dass die
58 Bediensteten des Freistaats Thüringen entweder als „vierter Koalitionspartner“ ver-
59 einnahmt werden oder ihnen die widerstrebende Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber
60 der rot-rot-grünen Landesregierung unterstellt wird. Der eherne Grundsatz einer un-
61 parteiischen und an der Sache orientierten Aufgabenerfüllung wird damit ins Zwi-
62 licht gerückt.
- 63 8. Mit Vorstößen zur Abschaffung der Kirchensteuer und der Einführung einer Kultur-
64 steuer empfiehlt der Ministerpräsident den Wechseln von einer Mitgliederfinanzie-
65 rung von Kirchen hin zu einer staatlichen Finanzierung von Religions- und Weltan-
66 schauungsgemeinschaften. Motiv ist eine leichtere Finanzierung von Moscheege-
67 meinden. Damit würde das auf einer Trennung von Staat und Kirche fußende Religi-
68 onsverfassungsrecht ausgehebelt.
- 69 9. Erstmals in der deutschen Parlamentsgeschichte will Rot-Rot-Grün einen Landes-
70 haushalt verabschieden, der ausschließlich für die künftige Wahlperiode gilt. Er greift
71 damit in das Budgetrecht des künftigen Landtags ein und missachtet die zeitliche Be-
72 grenzung demokratisch legitimierter Herrschaft. Der demokratische Wahlakt wird zu-
73 gunsten eines eigenen Machtanspruchs entwertet.
- 74 10. Rot-Rot-Grün bedient sich eines politisch fast beliebig verwendbaren Rassismus-
75 Begriffs und stellt darüber unter anderem Polizei, Justiz, Verwaltungen unter einen
76 latenten Rassismusverdacht. Die Behauptung tatsächlicher oder vermeintlicher Dis-
77 kriminierung gegenüber diversen Gruppen entwickelt sich zur Legitimationsgrundlage
78 einer übergreifigen Politik, bis hin zu Gedankenspielen, die Spruchpraxis Thüringer
79 Verwaltungsgerichte einer inhaltlichen Kontrolle zu unterwerfen.
- 80 11. Rot-Rot-Grün will für künftige Landtagswahlen Geschlechterquoten für die Aufstel-
81 lung der Landeslisten vorschreiben. Das ist ein massiver Eingriff in die im Grundgesetz
82 garantierten Wahlrechtsgrundsätze und die Parteienfreiheit. Die Gemeinschaft
83 gleichberechtigter Staatsbürger würde durch die Logik nach Identitätsmerkmalen ge-
84 bildeter Gruppen aufgebrochen.

85 In der Gesamtschau wird ein politisches Muster sichtbar, das Thüringen und der freiheitli-
86 chen Demokratie schadet. Es zielt perspektivisch auf eine andere Gesellschaft und einen an-
87 deren Staat, der nicht mehr jener des Grundgesetzes und der Thüringer Landesverfassung
88 wäre. Die begrenzten Zuständigkeiten der Länder und die noch begrenzte Dauer der rot-rot-
89 grünen Landesregierung verhindern bisher, dass diese Politik sich vollständig entfalten kann.
90 Die Beispiele zeigen zugleich nachdrücklich, dass es an der Zeit ist, diese Politik in Thüringen
91 zu beenden und zu neuen Mehrheiten im Landtag zu kommen, um dauerhaften Schaden
92 vom Land abzuwenden.